

#GGG

GemeinsamGestalten Das Magazin für Winter
die Mitarbeitenden der öffentlichen Banken 2025/26

„DIE MEISTEN HIDDEN
CHAMPIONS SIND AUF DEM
LAND UNTERWEGS.“

Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer
über die Entwicklung des ländlichen Raums

2 auf 1 Bank

Im Gespräch mit Sonja Schwarz,
Mitglied des Vorstands der NBank

4

Neuer VÖB-Präsident

Thomas Groß:

„Ich blicke optimistisch in die
Zukunft“

8

Interview mit Bundeslandwirt-
schaftsminister Alois Rainer über
die Entwicklung des ländlichen
Raums

10



Förderung des ländlichen Raums:

Auf welche Faktoren kommt
es an?

14

Förderung, die Leben bewegt:

Mit Hilfe der Investitionsbank
Sachsen-Anhalt entsteht ein
kleines Stück gelebte Zukunft

24

Vom Kohlerevier zur Zukunftsregion:

Die Investitionsbank des Landes
Brandenburg begleitet die
Transformation bei der „Struktur-
entwicklung Lausitz“

25



Liebe Leserinnen und Leser,

zu Corona-Zeiten scherzten Jugendliche auf dem Lande: „Das mit den Masken haben wir jetzt verstanden, aber was genau ist dieser ÖPNV?“ Nicht nur für junge Leute ist das Leben im ländlichen Raum mit Einschränkungen verbunden. Wo immer mehr Gaststätten schließen, Kinos und Theater Mangelware sind und der Facharztbesuch zur Tagesreise wird, bleibt die Lebensqualität auf der Strecke. Andererseits: Während es in Ballungsräumen wie Berlin nahezu unmöglich geworden ist, eine bezahlbare Wohnung zu finden, ist das Wohnen auf dem Lande oft noch günstig.

Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer ist überzeugt: „Die Themen, die Land und Stadt bewegen, ähneln sich oft stärker, als man gemeinhin denkt“. Er betont im Gespräch mit uns, wie entscheidend Förderbanken für die Entwicklung des Landes sind – und zwar sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum. Für ihn sind sie der „Motor der öffentlichen Förderung, weil sie genau dort ansetzen, wo klassische Geschäftsbanken an ihre Grenzen stoßen“. Wir haben mit dem gebürtigen Niederbayer darüber gesprochen, was noch getan werden kann, um den ländlichen Raum zu stärken.

Die öffentlichen Banken sind in vielerlei Hinsicht im ländlichen Raum engagiert. Am stärksten gilt das wohl für die Landwirtschaftliche Rentenbank, der wir in dieser Ausgabe von #GemeinsamGestalten ein Porträt widmen. Wir zeigen zudem beispielhaft, wie die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) die Transformation im ehemaligen Kohlerevier Lausitz begleitet. Außerdem haben wir mit Jürgen Michels, dem Chefvolkswirt der BayernLB, über den Standort Deutschland und seinen Blick auf den ländlichen Raum gesprochen.

Und dann gibt es noch eine Premiere: Helaba-CEO Thomas Groß hat uns sein erstes Interview als frisch gewählter VÖB-Präsident gegeben.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihr Dr. Thomas Klodt
Leiter Presse und Kommunikation beim VÖB

2 AUF 1 BANK

Sonja Schwarz

Mitglied des Vorstands, NBank, Hannover

auf der Bank mit

Bianca Blywis

Pressesprecherin beim VÖB

Die NBank hat einen umfassenden Transformationsprozess gestartet. Was genau hat es damit auf sich?

Wir befinden uns in der Tat in einem grundlegenden Wandel. Das Land stärkt unsere Eigenkapitalbasis, damit wir unser darlehensbasiertes Fördergeschäft ausbauen und mehr Bank werden. Dafür brauchen wir einen anderen Grad der Digitalisierung und Effizienz. Deshalb investieren wir gezielt in drei Maßnahmenfelder. Ein neues Förderportal soll die Antrags- und Prüfprozesse digitalisieren und automatisieren. Ziel ist eine schnellere Umsetzung von Richtlinien und effizientere Prozesse für unsere Kunden. Zweitens führen wir ein neues Kernbanksystem ein, das uns eine effizientere Steuerung und ein besseres Reporting ermöglicht sowie die Basis legt für durchgängige digitale Prozesse und Automatisierung. Drittens investieren wir in die Resilienz der Bank, um regulatorische Anforderungen wie DORA zu erfüllen und die IT-Sicherheit zu stärken. Dazu gehört auch die Auslagerung von Infrastruktur. Kurz gesagt: Wir wollen die Umsetzung von Förderprogrammen einfacher, schneller und verlässlicher machen – für Wirtschaft, Gesellschaft und die politischen Ziele des Landes.





Wie gehen Sie bei der NBank mit dem Thema KI um?

KI ist heute ein selbstverständlicher Teil neuer digitaler Lösungen. Wir haben gerade Teams und Copilot eingeführt. Auch zukünftig werden wir auf die sich schnell weiterentwickelnden Produkte großer Dienstleister setzen. Eine eigene Entwicklung für uns ist wenig effizient. Aber natürlich schaffen wir für die KI eine zentrale Funktion in der Bank, die das Thema im Mindset, in den Arbeitsprozessen, in der Governance verankert.

Das klingt nach viel Veränderung. Wie nehmt ihr die Kolleginnen und Kollegen mit?

Das ist eine große Herausforderung. Wir arbeiten seit einem Jahr unter dem Bild des „Triathlons“: Ausdauer, langer Atem und klare Zwischenziele sind entscheidend. Jeder Bereich übersetzt den gemeinsamen Trainingsplan für seine Aufgaben, damit wir zusammen ins Ziel kommen. Wir haben zwei Change Managerinnen eingestellt und die interne Kommunikation professionalisiert. Es gibt regelmäßige Updates, Dialogformate und Workshops. Unser wichtigstes Learning: Projekt- und Linientätigkeit müssen eng verzahnt sein. Gut läuft, dass viele Teams die Chance nutzen, ihre Arbeitsweise zu hinterfragen und neue Ideen einzubringen. Das erzeugt Energie. Schwieriger ist die Geschwindigkeit – wir müssen Tempo und Machbarkeit ausbalancieren. Kulturwandel braucht Zeit.

FAKTEN ZUM LÄNDLICHEN RAUM

STADT ODER LAND?

Der ländliche Raum umfasst etwa **91 Prozent** der Fläche des Bundesgebiets, während Städte und Ballungsräume 9 Prozent der Fläche ausmachen. Etwa **57 Prozent** der deutschen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum.

KLIMASCHUTZ

79 Prozent der Windenergie an Land und **68 Prozent** der Freiflächen-Photovoltaik sind in ländlichen Regionen installiert.

WIRTSCHAFTSLEISTUNG

Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner liegt in ländlichen Räumen bei ca.

34.000 Euro,

in städtischen Gebieten bei etwa

48.000 Euro.

SCHNELLES INTERNET

Mitte 2024 hatten **38 Prozent** der Haushalte im ländlichen Raum einen Zugang zu schnellem Internet per Glasfaser.

WERTSCHÖPFUNG AUF DEM LAND

Ländliche Räume tragen rund **50 Prozent** zur gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung bei. In der industriellen Produktion sind es sogar etwa **75 Prozent.**



THOMAS GROSS, NEUER VÖB-PRÄSIDENT

„ICH BLICKE OPTIMISTISCH IN DIE ZUKUNFT“

Herr Groß, herzlichen Glückwunsch zum neuen Ehrenamt! Was motiviert Sie, diese Aufgabe zusätzlich zum Job als Helaba-CEO zu übernehmen?

Banken erfüllen in unserer Gesellschaft eine äußerst wichtige Aufgabe. Ohne Finanzierung, oftmals Bankfinanzierung, kann die europäische und vor allem auch die deutsche mittelständisch geprägte Wirtschaft nicht wachsen. Uns, den öffentlichen Banken, kommt dabei eine besondere Rolle zu. Wir sind entscheidende Finanzierungspartner, um unser Land zukunftsfähig auszurichten. Das ist in einer Zeit der Transformation besonders wichtig, Stichworte hier sind Digitalisierung, künstliche Intelligenz und Nachhaltigkeit. Gleichzeitig stehen die öffentlichen Banken für Stabilität, Verlässlichkeit und Verantwortung. Das gilt sowohl für die Landesbanken als auch für die Förderbanken und für alle unsere Mitgliedsinstitute. Ich möchte dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für die öffentlichen Banken insgesamt zu verbessern. Das motiviert mich sehr!

Wie blicken Sie auf das aktuelle politische und wirtschaftliche Umfeld?

Das geopolitische Umfeld ist aktuell tatsächlich nicht einfach. Und die von Stagnation geprägte wirtschaftliche Lage in Deutschland ist weiterhin eine große Herausforderung. Allerdings habe ich in den diversen Stationen meiner beruflichen Laufbahn schon so manche Krise kommen und auch wieder gehen gesehen. Dadurch gewinnt man eine gewisse Gelassenheit im Umgang mit schwierigen Situationen. Und wenn man sich mit Geschichte beschäftigt – was ich sehr gerne mache –,

dann hilft der Blick zurück, manches zu relativieren. Trotz aller berechtigten Sorgen: Ich schaue grundsätzlich optimistisch in die Zukunft. Allerdings müssen wir alle beherzt anpacken und unsere Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessern.

Welche Herausforderungen sehen Sie auf die deutschen Banken zukommen?

Da fallen mir drei Punkte ein. Das ist erstens die technologische Entwicklung. KI hat ein enormes disruptives Potenzial, und zwar auf die gesamte Prozesskette auch in Banken. Nur wer den Einsatz von KI aktiv mitgestaltet, wird langfristig im Wettbewerb bestehen. Der zweite Punkt betrifft die Regulierung. Insbesondere in den USA zeichnet sich eine gewaltige Welle an Deregulierung ab. Ich sage nicht, dass wir da alles mitmachen müssen. Aber Bürokratieabbau ist dringend geboten, um Wachstumspotenziale freizulegen. Und drittens geht es um die Überwindung nationaler Grenzen. Nicht nur angesichts der Entwicklungen in den USA und China müssen wir in Europa enger zusammenarbeiten und zum Beispiel unseren Binnenmarkt weiter stärken. Wir müssen mehr Europa wagen und machen. Auch als Helaba-Chef sehe ich nicht nur Deutschland als unseren Heimatmarkt, sondern Europa.

Wie haben Sie den VÖB bislang wahrgenommen?

Ich habe den VÖB in den vergangenen Jahren als starken Verband kennengelernt. Es gibt hier ein enormes Knowhow zu einer großen Bandbreite an Themen. Die Gremienarbeit ist außerordentlich wertvoll für uns. Der



Thomas Groß ist seit 2020 CEO der Helaba, dessen Vorstand er seit 2012 angehört. Zuvor hatte er verschiedene Führungspositionen bei der WestLB und der Unicredit Group inne. Groß ist Wirtschaftsingenieur und war viele Jahre als Berater für BCG tätig, zuletzt als Partner und Geschäftsführer im BCG-Büro Frankfurt.

VÖB hat eine starke Stimme in Berlin und in Brüssel. Dass dieser persönliche Eindruck keine Einzelmeinung ist, zeigt die Mitgliederbefragung, die in diesem Jahr durchgeführt wurde. Sie belegt eine hohe Zufriedenheit mit den Leistungen des Verbands. Mein großer Dank gilt daher meinem Vorgänger Eckhard Forst, von dem ich einen so gut aufgestellten Verband übernehmen darf.

Vermutlich werden Sie künftig noch weniger Zeit für Privates haben. Was ist für Sie ein guter Ausgleich zum Job?

Beim Sport kann ich gut abschalten, zum Beispiel beim Joggen. Ich bin ein Freund klassischer Musik und ich gehe auch gerne zu Heimspielen der Frankfurter Eintracht, wobei mein Herz aus alter Verbundenheit weiterhin für den VfB Stuttgart schlägt. Und ich koche sehr gerne, übrigens immer häufiger vegetarisch. ■

VÖB MIT NEUER VERBANDSSPITZE

Die Mitgliederversammlung des VÖB hat am 27. November Helaba-CEO Thomas Groß zu ihrem neuen Präsidenten gewählt. Er folgt auf Eckhard Forst, Vorstandsvorsitzender der NRW.BANK, der das Ehrenamt seit 2019 innehatte und Ende Januar 2026 in den Ruhestand geht. Aufgrund seiner besonderen Verdienste für die öffentlichen Banken wurde er von der Mitgliederversammlung zum Ehrenmitglied des VÖB ernannt.

Zum stellvertretenden VÖB-Präsidenten wurde Erk Westermann-Lammers, Vorsitzender des Vorstandes der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH), gewählt. Bevor er 2010 an die Spitze der Kieler Förderbank berufen wurde, leitete er sieben Jahre die NBank in Hannover. Zuvor hatte er verschiedene Führungspositionen bei der heutigen DZ Bank. Als Mitglied des Gesamtvorstandes und Vorsitzender des Ausschusses der Förderbanken ist Erk Westermann-Lammers bereits viele Jahre fest in die Arbeit des VÖB eingebunden.



Neuer VÖB-Vizepräsident:
Erk Westermann-Lammers

Zu seiner Wahl sagte der neue Vizepräsident: „Die hohe Kompetenz und die breite Vernetzung des Verbandes schätze ich sehr und freue mich darauf, gemeinsam mit Thomas Groß und allen Mitgliedern des Gesamtvorstandes auch in den kommenden Jahren die Anliegen der öffentlichen Banken zu vertreten.“ ■



Wie kann der ländliche Raum
gestärkt werden?

ZUKUNFT LÄNDLICHER RAUM:

„FÖRDERBANKEN SETZEN DORT AN, WO KLASSISCHE BANKEN AN IHRE GRENZEN STOSSEN.“

Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer
über die Entwicklung des ländlichen Raums

Die neue Bundesregierung ist inzwischen ein halbes Jahr im Amt. Wie haben Sie persönlich den Start erlebt?

Alois Rainer: Mir ist der Berliner Betrieb ja nicht fremd, seit 2013 verrete ich meine Heimat im Deutschen Bundestag. Aber die Intensität der Arbeit als Minister ist doch eine andere. Ich bin nicht nur in Berlin, sondern auch viel in Brüssel, Luxemburg und natürlich hier in ganz Deutschland unterwegs. Ich habe schon vom Start an gemerkt, gerade mit Blick auf mein Ressort, wie viel Vertrauen in die Politik in den letzten Jahren verlorengegangen ist. Ich will dieses Vertrauen wieder aufbauen. Deshalb habe ich einen Kurswechsel in der Landwirtschaftspolitik eingeleitet. Ich setze vor allem auf Vertrauen in das freie Unternehmertum und mehr Freiräume für die Betriebe, etwa durch konsequenten Abbau überbordender Bürokratie.

Wie stark sind Sie in Ihrer neuen Rolle als Minister fremdbestimmt?

Natürlich gibt es ein hohes Maß an Fremdbestimmung – das bringt das Amt mit sich. Mir ist ganz wichtig, neben den Ministerterminen auch Präsenz in meinem Wahlkreis zu zeigen. Da gehe ich gerne die Extra-Meile.

Sie haben das Stichwort Heimat erwähnt, das Sie jetzt auch im Titel des Ministeriums führen. Was bedeutet der Begriff Heimat für Sie persönlich?

Der Begriff bedeutet mir sehr viel. Heimat ist für mich in erster Linie dort, wo mein Herz schlägt: in Haibach. Vor

meiner Zeit im Bundestag war ich dort 18 Jahre lang Bürgermeister. Wenn ich in unserem Land unterwegs bin, erlebe ich, wie unterschiedlich Menschen Heimat definieren. Das können verschiedenste Dinge sein: Kultur, Familie, aber auch Genuss. Ich versuche, davon täglich etwas in die politische Arbeit mitzunehmen. Was läuft bereits gut, was lässt sich verbessern? Heimat ist ein Gefühl, das es in Dorf und Stadt gibt. Auch urbane Räume sind für viele Heimat. Das zusammenzubringen, ist die eigentliche Kunst. Das Sowohl-als-auch – nicht das Entweder-oder.

Die meisten Hidden Champions sind auf dem Land unterwegs.

Und wie stark empfinden Sie den Gegensatz zwischen Ihrer Heimatregion und der oft zitierten „Berliner Blase“?

Mir ist es wichtig, dass wir aus Gegensätzen kein Gegenüber machen, sondern ein Miteinander. Mein Heimatort hat rund 800 Einwohner, die Gemeinde 2.200, die nächstgrößere Stadt Straubing 50.000. Meine Heimatregion ist also durch und durch ländlich geprägt. Berlin hingegen ist eine Weltstadt mit ihren eigenen Reizen. Die Themen, die Land und Stadt bewegen, ähneln sich allerdings oft stärker, als man gemeinhin denkt.

Viele Menschen im ländlichen Raum fühlen sich zumindest teilweise abgehängt. Ist das nur ein Klischee oder teilen Sie diesen Eindruck?

Den Eindruck teile ich so nicht. Er entspricht auch nicht den Realitäten. Wir sollten vielmehr darüber reden, was alles erreicht wurde. In den letzten Jahren hat sich im ländlichen

liche Betriebe und damit für viele ländliche Regionen. Die GAP muss deshalb finanziell stark ausgestattet bleiben – dafür setze ich mich auf allen Ebenen ein. Was wir nicht vergessen dürfen: Bürokratie muss weiter spürbar gesenkt werden. Diese hat in den letzten Jahren bedenkliche Ausmaße angenommen. Der Schreibtisch darf nicht die zeitaufwändigste Ackerfläche sein.



Raum mit Unterstützung durch Förderprogramme von EU, Bund und Ländern enorm viel entwickelt, aber vor allem dank der Menschen vor Ort und ihres Ehrenamts. Das schafft Bleibe- und auch Rückkehrperspektiven. Dieses Engagement wollen wir weiter stärken. Dafür entwickeln wir Lösungen, die vor Ort wirken, den regionalen Besonderheiten gerecht werden und den Menschen echten Mehrwert bringen. Mit unserem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung fördern wir beispielsweise Modellprojekte für Mobilität, Kultur, Ehrenamt und Nahversorgung.

Sie haben gerade EU-Förderprogramme erwähnt. Für die neue Förderperiode stehen Veränderungen an. Was erwarten Sie von Brüssel?

Bisher war die Struktur der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU klar zweigeteilt: Die erste Säule finanzierte die Einkommensunterstützung der Landwirte, die zweite die allgemeine Entwicklung des ländlichen Raums etwa im Bereich Nachhaltigkeit oder Dorferneuerung über Programme wie LEADER. Mit der neuen Förderperiode will die EU diese bewährte Trennung jedoch aufweichen. Die Mittel der zweiten Säule sollen nun als Teil eines einheitlichen GAP-Fonds an die EU-Staaten fließen, die dann selbst über die konkrete Verwendung entscheiden. Das halte ich für schwierig. Meines Erachtens brauchen wir weiterhin ein fest definiertes Budget für die ländliche Entwicklung, sonst könnten Verteilungskonflikte auf nationaler Ebene drohen. Zugleich ist die GAP ein Stabilitätsanker für landwirtschaft-

Ein großes Vorhaben der Bundesregierung ist das Sondervermögen Infrastruktur. Glauben Sie, dass das Sondervermögen den ländlichen Raum stärken kann, etwa beim ÖPNV?

Definitiv. Für viele Menschen auf dem Land ist ein funktionierender ÖPNV ein zentrales Thema. Wir haben da bereits viel erreicht mit unserer Förderung für neue Mobilitätsangebote wie Rufbusse oder App-basierte Systeme. Da sind viele Kommunen inzwischen sehr innovativ. Das Verkehrsministerium arbeitet hier gut mit den Bundesländern zusammen. Für die Nahversorgungsinfrastruktur ist allerdings auch wichtig, wie es mit dem Handyempfang, der ärztlichen Versorgung und Einkaufsmöglichkeiten aussieht. Unter anderem für den ÖPNV und eine moderne Infrastruktur stehen insgesamt 100 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen zur Verfügung, um Landes- und kommunale Infrastruktur zu sanieren.

Sie sitzen auch im Verwaltungsrat der Landwirtschaftlichen Rentenbank, einer bundesweit tätigen Förderbank. Wie sehen Sie die Rolle der deutschen Förderbanken?

Aus meiner Zeit als Bürgermeister weiß ich, wie entscheidend Förderbanken für die Entwicklung unseres Landes sind - und zwar sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum. Sie sind gewissermaßen der Motor der öffentlichen Förderung, weil sie genau dort ansetzen, wo klassische Geschäftsbanken an ihre Grenzen stoßen. Förderbanken schließen Finanzierungslücken,

ermöglichen Investitionen in Infrastruktur und Innovation und unterstützen damit Projekte, die sonst vielleicht nie zustande kämen. Ich erlebe das insbesondere bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank, die sich zunehmend auch in der Förderung junger, innovativer Start-ups engagiert, ein Bereich, der gerade im ländlichen Raum viel Potenzial hat. Förderbanken wie die Rentenbank, die KfW und die Landesförderinstitute sind daher unverzichtbar. Ohne sie würde die öffentliche Hand viele Investitionen gar nicht stemmen können. Ich sage das aus eigener Erfahrung und aus tiefster Überzeugung.

In letzter Zeit können wir einen leichten Trend zurück aufs Land beobachten. Wie dauerhaft, denken Sie, ist diese Entwicklung?

Ich sehe durchaus Anzeichen für einen dauerhaften Trend. Die Gretchenfrage ist ja oft: Führt in dem Ort ein Bus, habe ich Handyempfang, gibt es Ärzte und vor allem gute Schulen? Meines Erachtens zahlt sich damit aus, dass in den ländlichen Räumen viel investiert wurde: in Breitband, Mobilfunk, Verkehrsinfrastruktur. Und zu den Vorteilen des ländlichen Raums zählt ja nicht nur das naturnahe Leben, sondern auch oft ein vergleichsweise besseres Angebot an bezahlbarem Wohnraum. Insgesamt haben ländliche Regionen stark aufgeholt. Wir werden das weiter unterstützen.

■ Der Schreibtisch darf nicht die zeitaufwändigste Ackerfläche sein. ■

Gleichzeitig gibt es Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang, vor allem in Ostdeutschland. Kann die Politik dort mehr tun?

Aufgabe der Politik für ländliche Räume ist es, gute Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Menschen gerne auf dem Land leben – das gilt natürlich für ganz Deutschland. Die Bundesregierung hat Maßnahmen beschlossen, die die Lebensqualität ländlicher Räume stärken, beispielsweise eine höhere Pendlerpauschale. Das entlastet diejenigen, die weite Wege zur Arbeit zurücklegen müssen, weil Bus und Bahn leider keine Option sind.

Wird das wirtschaftliche Potenzial des ländlichen Raums Ihres Erachtens ausreichend wahrgenommen?

Hier gibt es kein Erkenntnisdefizit. Nehmen Sie die sogenannten Hidden Champions unserer Volkswirtschaft auf dem Land, aus allen Branchen. Ganz besondere Champions sind unsere landwirtschaftlichen Betriebe, die uns täglich mit hochwertigen Lebensmitteln versorgen. Auf dem Land entstehen die Grundlagen für unsere Ernährung. Das alles in Summe spricht für die Kraft, die in

ländlichen Räumen steckt. Das wird längst so wahrgenommen.

Momentan wird über das schwache Wirtschaftswachstum in Deutschland diskutiert. Ein Wachstums-hemmnis ist der Fachkräftemangel, der laut IW besonders im ländlichen Raum spürbar ist. Was wird getan, um dem entgegenzuwirken?

Wir hatten vorhin schon über die entscheidenden Faktoren gesprochen: ein zuverlässiger Handy- und Breitbandempfang für Homeoffice-Tätigkeiten, ein leistungsfähiger ÖPNV, gute ärztliche Versorgung, erreichbare Krankenhäuser, Einkaufsmöglichkeiten. All diese Punkte sind wichtig, um attraktive Lebensbedingungen für Fachkräfte zu schaffen.

Da wurde bereits vielerorts Positives bewirkt. Wir müssen allerdings immer die jeweilige regionale Bedarfslage sehen und dann zielgerichtet darauf reagieren.

Lassen Sie uns zum Abschluss einen Blick auf Ihr Kernressort, die Agrarwirtschaft, werfen. Welche Perspektiven sehen Sie in den nächsten zehn Jahren für die deutsche Landwirtschaft?

Wir haben eine starke Landwirtschaft in Deutschland. Damit sie so stark bleibt, dürfen wir ihr nicht dauernd Steine in den Weg legen und immer mehr Lasten aufbürden. Wir haben einen Kurswechsel eingeleitet, vor allem beim Bürokratieabbau. Zum Beispiel haben wir die Stromstoffbilanzverordnung abgeschafft, mit der Landwirte nachweisen mussten, in welchem Umfang Nährstoffe wie Stickstoff und Phosphor in einen Betrieb hineingehen und ihn wieder verlassen. In der Praxis hatte sich das als zu bürokratisch und nicht zielführend erwiesen. Zudem entlasten wir die Betriebe beim Agrardiesel und bei der Stromsteuer. Mir geht es darum, Lust und Leidenschaft für den landwirtschaftlichen Beruf zu stärken. Unsere Landwirte sollen wieder mehr Zeit haben für den Ackerbau und ihre Tiere – anstatt ihre Zeit mit dem Ausfüllen von Formularen zu verbringen. Wenn wir diesen Weg weitergehen, und das habe ich fest vor, dann ist mir um die Zukunft unserer Landwirtschaft nicht bange. ■



Alois Rainer ist seit dem 6. Mai 2025 Bundesminister für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat. Der CSU-Politiker ist Metzgermeister, hat einen landwirtschaftlichen Hintergrund und ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Vor seiner Ernennung zum Minister war er unter anderem Vorsitzender des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages.

FÖRDERUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS:

AUF WELCHE FAKTOREN KOMMT ES AN?

Die ländlichen Räume in Deutschland standen lange Zeit für Rückständigkeit und eine schwache Wirtschaftsstruktur. Entsprechend zielten Förder- und Entwicklungsprogramme in erster Linie darauf ab, strukturelle Defizite ländlicher Regionen gegenüber Ballungsräumen und Industriestandorten zu verringern und gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

Dieses Bild stellt sich mittlerweile etwas differenzierter dar. Manche ländlichen Regionen sind heute wirtschaftlich stärker aufgestellt als Ballungsräume mit Altindustrien. Für viele Menschen wird das Leben auf dem Land attraktiver. Zwar sind in der Gesamtbetrachtung Abwanderung und Überalterung in vielen ländlichen Regionen immer noch hoch. Seit etwa zehn Jahren ziehen laut Angaben der Bundesregierung aber mehr Menschen aus den Städten aufs Land als umgekehrt. In attraktiven ländlichen Regionen mit guten sozioökonomischen Bedingungen gleicht dies den Bevölkerungsrückgang sogar aus.

Zur positiven Entwicklung vieler ländlicher Räume in den vergangenen Jahrzehnten haben die deutschen Förderbanken maßgeblich beigetragen. Für Unternehmen und Kommunen im ländlichen Raum stellen sie Darlehen, Zuschüsse, Bürgschaften und Kapitalbeteiligungen für Investitionen bereit. Sie sichern Wachstum und Wohlstand und wirken zudem daran mit, den ländlichen Raum nachhaltig und ausgewogen – ökologisch, ökonomisch und sozial – zu entwickeln.

Der wirtschaftliche, technologische und klimatische Wandel stellt auch für die ländlichen Räume eine große Herausforderung dar. Werfen wir vor diesem Hintergrund einen Blick auf die zentralen Erfolgsfaktoren, die die Entwicklung des ländlichen Raums in Deutschland bestimmen.

Digitale Transformation als Grundlage für Fortschritt

Digitale Infrastruktur bildet die Grundlage für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Sie treibt Innovationen voran, schafft Arbeitsplätze, stärkt die Bildung und steigert die Attraktivität ländlicher Regionen. Schnelles Internet, unverzichtbar für Unternehmen mit digitalen Geschäftsmodellen und für Homeoffice-Arbeitsplätze, spielt dabei eine Schlüsselrolle. Die KfW und die Förderbanken der Länder unterstützen den Ausbau von Glasfaserleitungen, um flächendeckende Gigabit-Netze auf dem Land zu schaffen. Förderprogramme wie „Digital Jetzt“ verbessern die digitale Grundversorgung. Telemedizin, E-Government und Online-Bildungsangebote steigern die Lebensqualität und fördern die Vernetzung von Unternehmen und Bewohnern in ländlichen Gebieten.

Daseinsvorsorge mit Wohnraum, Mobilität und gesellschaftlicher Teilhabe

Eine gute Daseinsvorsorge ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und steigert die Wirtschaftskraft. Dabei geht es um die Entwicklung von Orten, um stabile Versorgungs- und Kommunikationsnetze, bezahlbaren Wohnraum, Nahverkehr und Mobilität, Gesundheit und Pflege, Kinderbetreuung, Bildung, Sport und Kultur. Auch hierbei spielen Förderbanken eine wichtige Rolle. So unterstützt die Landwirtschaftliche Rentenbank technische und soziale Infrastrukturprojekte in ländlichen Regionen, um dort die wirtschaftlichen und kommunalen Bedingungen zu verbessern. In den Bundesländern vermitteln Förderbanken etwa ELER-Mittel des Europäischen Landwirtschaftsfonds, um die räumliche Struktur, die kommunale Daseinsvorsorge und die Infrastruktur auf dem Land zu stärken.

Von Iris Bethge-Krauß, Hauptgeschäftsführerin und geschäftsführendes Vorstandsmitglied, und Dominik Lamminger, Mitglied der Hauptgeschäftsführung beim Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e. V., VÖB



Junge Menschen gewinnen und binden

Viele ländliche Regionen kämpfen darum, die Abwanderung junger Menschen zu stoppen. Gleichzeitig müssen Unternehmen dort die geburtenstarken Jahrgänge ersetzen, die in den nächsten Jahren in Rente gehen. Potenziale liegen bei Frauen, Älteren und Erwerbslosen. Auch Zuwanderung ist nötig, um qualifiziertes Personal für Pflege, Bildung und Handwerk zu gewinnen. Deshalb werben ländliche Regionen mit gezielten Angeboten um junge Familien. Voraussetzungen sind bezahlbarer Wohnraum, Kinderbetreuung, Schulen, Freizeit- und Kulturangebote sowie Kapital für attraktive Arbeitsplätze. Förderbanken stellen dafür Eigen- und Risikokapital bereit, vor allem für den Mittelstand. Zum Beispiel unterstützt die Investitionsbank des Landes Brandenburg Existenzgründungen von Junglandwirten, die einen Landwirtschaftsbetrieb gründen, kaufen oder übernehmen. Zinsgünstige Förderdarlehen für landwirtschaftliche Investitionen bieten neben der L-Bank in Baden-Württemberg auch einige andere Förderbanken an.

Wirtschaft diversifizieren und Cluster entwickeln

Regionen, die von wenigen großen Arbeitgebern abhängen, reagieren empfindlicher auf Schwankungen und Krisen. Deshalb wirkt eine breit aufgestellte Wirtschaft stabilisierend in ländlichen Gebieten. Besonders effektiv ist dies, wenn Forschung, digitale Transformation und der Ausbau der Infrastruktur Hand in Hand gehen. Die Verbindung von Wirtschaftszweigen mit Schlüsseltechnologien dient dabei als „Enabler“ für lokale Unternehmen und gilt als Zukunftsmodell in der Cluster-Förderung. Ein zentrales Instrument der regionalen Strukturpolitik ist die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Sie unterstützt Netzwerke und Innovationscluster, in denen Unternehmen und

wissenschaftliche Einrichtungen zusammenarbeiten. Ziel ist es, gemeinsam Technologien zu entwickeln, Vertriebswege zu erschließen, Wissen auszutauschen und technische sowie personelle Ressourcen zu teilen. So verbessern sich Wertschöpfungsketten, die Wirtschaftsleistung steigt und ländliche Regionen werden krisenfester.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Der ländliche Raum hat mit den erneuerbaren Energien sowie mit nachhaltiger Land-, Wald- und Wasserwirtschaft die zentralen Hebel für die ökologische und ökonomische Zukunftssicherung in der Hand. Hier wird der Großteil an klimaneutraler Wind-, Solar- und Bioenergie erzeugt. Gleiches gilt für nachhaltig produzierte Nahrungs- und Futtermittel, nachwachsende Rohstoffe und zeitgemäße Tierhaltung. Zugleich tragen Böden, Wälder und Moore wesentlich zur Bindung von Kohlendioxid bei. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) fördert stärker als bisher Umwelt-, Klima- und Tierwohlziele. Gezielte Förderprogramme der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank setzen hier an, den natürlichen Umwelt- und Klimaschutz in ländlichen Kommunen weiterzuentwickeln. Ziel ist es, Landwirtschaftsbetriebe dafür zu gewinnen, in umwelt- und klimaschonende Bewirtschaftungsweisen zu investieren.

Die Liste der Erfolgsfaktoren zeigt, dass es Herausforderung und Chance zugleich ist, die Entwicklung des ländlichen Raums voranzutreiben. Viele positive Beispiele wachstumsstarker ländlicher Regionen in allen Teilen Deutschlands zeigen, dass ländliche Räume keineswegs dauerhaft strukturschwach bleiben müssen. Ihre Entwicklung und Förderung helfen nicht nur, den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt zu stärken. Sie tragen auch zur gesellschaftlichen und politischen Stabilisierung unseres Landes bei. ■

INTERVIEW MIT DR. JÜRGEN MICHELS

REFORMEN FÜR DEUTSCHLANDS INNOVATIONSKRAFT

Herr Dr. Michels, fangen wir mit einer einfachen Frage an: Wie steht es um den Standort Deutschland?

Nicht gut, aber die Substanz ist weiterhin vorhanden, um die Standortbedingungen zu verbessern. Angesichts der schwierigen geopolitischen Lage wird eine deutliche Verbesserung der Situation aber nur im Schulterschluss mit unseren Partnern in Europa möglich sein. Sowohl in Deutschland als auch in den meisten anderen EU-Mitgliedsländern muss es Reformen geben, um die immer drängender werdenden demografischen Probleme und Defizite bei Verteidigung, Migration, Klimatransformation, Energiesicherheit und Innovation zu beheben. Mit dem Draghi-Report vom Herbst 2024 liegt eine gute Agenda vor, die eigentlich nur noch von den Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen umgesetzt werden müsste.

Was bedeutet das für Deutschland?

In den vergangenen Jahren hat Deutschland deutlich an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verloren und der bisherige Absatzmarkt China wird immer mehr zum Konkurrenten, gerade in der für Deutschland wichtigen Automobilindustrie. Die Reformen müssen daher darauf abzielen, die Innovationskraft in Deutschland wieder zu stärken, was durch einen Abbau der Bürokratie, die Verbesserung der Bildungsbedingungen und die Stärkung der digitalen Infrastruktur erreicht werden kann. Und zur Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit bedarf es einer Senkung der in Deutschland vergleichsweise hohen Strompreise. Zudem muss der Aufwärtstrend der Lohnstückkosten gestoppt werden, wozu dringend eine Reform der Sozialversicherungssysteme in Deutschland benötigt wird.


Wird denn das milliardenschwere Infrastrukturpaket der Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland verbessern?

Die geplante Instandsetzung der Verkehrsinfrastruktur dürfte

einem weiteren Verlust der Wettbewerbsfähigkeit entgegenwirken, das Gleiche gilt für die Modernisierung von Krankenhäusern und Schulen. Fortschritte bei der Wettbewerbsfähigkeit wird es aber nur durch Investitionen geben, die die Innovationskraft stärken. Das sind der geplante Ausbau des Stromnetzes und die Beschleunigung beim Glasfaserausbau. Auch die Investitionen in Verteidigung können dazugehören, wenn dadurch Entwicklungs- und Produktionsstätten von modernen Waffensystemen angesiedelt werden, deren Technologien auch zivil genutzt werden können. Zudem eröffnet der von dem Paket ausgehende Konjunkturimpuls die Möglichkeit, die Transformation in der Automobilindustrie und notwendige Einschnitte bei den Sozialausgaben ohne tiefgreifenden Schaden für die Gesamtwirtschaft zu überstehen.

Unser Themenschwerpunkt in diesem Magazin ist die Förderung des ländlichen Raums. Kann das Infrastrukturpaket dazu beitragen, auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen in abgelegenen Regionen zu verbessern?

Davon ist auszugehen. Mit einem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und des Glasfasernetzes wird die Anbindung der Menschen und Unternehmen an die globalen Wertschöpfungsketten verbessert. Damit wird es für Unternehmen attraktiver, sich in ländlichen Räumen anzusiedeln. Für Pendler verkürzt sich der Weg zur Arbeitsstätte – auch wenn sich das nicht direkt in der Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit auswirkt, weil der Weg zur Arbeit als Freizeit gilt und nicht als Arbeitszeit. Es kann aber dazu beitragen, dass mit Hilfe dieser Maßnahmen die Vereinbarung von Familie und Beruf einfacher wird und dadurch die Bereitschaft, mehr oder länger zu arbeiten, steigt. Demnach könnten diese Investitionen einen Beitrag leisten, dem wachsenden Problem des Arbeitskräftemangels entgegenzuwirken. Ich würde allerdings die Unterschiede zwischen Stadt und Land in Deutschland nicht allzu kritisch sehen.

A portrait of Dr. Jürgen Michels, a middle-aged man with glasses and a beard, wearing a dark suit and a light blue shirt. He is gesturing with his hands while speaking. The background is a bright, out-of-focus interior space with large windows.

**Dr. Jürgen Michels
ist Chefvolkswirt und Leiter
des Bereichs Research und
Volkswirtschaft bei der
BayernLB.**

Warum nicht?

Aus zwei Gründen. Zum einen bestehen in anderen europäischen Ländern viel größere Unterschiede zwischen den wirtschaftlichen Zentren wie zum Beispiel London oder Paris auf der einen Seite und peripheren Regionen mit einer geringen wirtschaftlichen Leistung auf der anderen. In Deutschland haben wir trotz aller Unterschiede auch aufgrund unserer föderalen Struktur eine viel ausgeglichene Situation. Auch in ländlich geprägten Bundesländern wie Niedersachsen oder natürlich Bayern gibt es viele wirtschaftlich starke Regionen. Das liegt auch an einem breiten, regional verwurzelten Mittelstand, der letztlich die Basis der deutschen Wirtschaft ist.

Und zum anderen?

Da ich selbst im ländlichen Raum, in der Eifel, aufgewachsen bin, weiß ich, dass das Leben dort im Vergleich zum Leben in der Stadt auch viele Vorteile hat. Zwar sind die Einkommensperspektiven beschränkt, aber es gibt günstigen Wohnraum. Was habe ich von einem hohen Einkommen in einer Großstadt, wenn das meiste davon für die Miete oder die Immobilienfinanzierung draufgeht? Folglich ist die Kaufkraft im ländlichen Raum oft höher als in den Städten. Aus ökonomischer Sicht ist daher die staatliche Subventionierung des Lebens im ländlichen Raum, wie sie zum Beispiel durch die Pendlerpauschale stattfindet, sehr kritisch zu betrachten.

Aus welchem Grund?

Sie setzt falsche Anreize und führt zu einem zusätzlichen Energieverbrauch im Verkehrssektor, der seine Klimaziele bei weitem noch nicht erreicht hat. Auch im Sinne des angestrebten Abbaus von Bürokratie sollten daher viele kleinteilige Subventionen zur Förderung des ländlichen Raums auf den Prüfstand gestellt und sich auf die Bereitstellung einer guten Verkehrs- und vor allem digitalen Infrastruktur konzentriert werden. Aber auch hierbei

muss priorisiert und die Frage gestellt werden, ob sich die Gesellschaft die Bereitstellung der Infrastruktur in extrem abgelegenen Regionen noch leisten kann. Daher muss bei der Planung der Infrastrukturprojekte die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt werden, die in Zukunft aller Voraussicht nach rückläufig sein wird.

Auch Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung bestehen große wirtschaftliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Wird sich das irgendwann ändern?

Es hat hier seit der Wiedervereinigung deutliche Annäherungen gegeben. Dieser Prozess hat sich in den letzten Jahren aber verlangsamt. Mit den anstehenden Herausforderungen an die Automobilindustrie, die überproportional im Westen vertreten ist, und den Chancen beim Ausbau der erneuerbaren Energien oder der Digitalwirtschaft, wo es in beiden Fällen gut positionierte Regionen in Ostdeutschland gibt, ist es durchaus möglich, dass es hier von beiden Seiten eine weitere Annäherung gibt.

Wagen wir den Blick nach vorne: Mit welchem Wachstum rechnen Sie im kommenden Jahr?

Angesichts der geopolitischen Unsicherheiten, die u. a. vom weiter andauernden Krieg in der Ukraine und der Politik der Trump-Administration ausgehen, ist der Ausblick auf das kommende Jahr mit hoher Unsicherheit verbunden. Dennoch wird die Umsetzung des immensen Fiskalpakets in Deutschland Wirkung zeigen und zu einer konjunkturellen Belebung im Jahr 2026 beitragen. Um eine breite Erholung zu ermöglichen, bedarf es des Ansprings der Unternehmensinvestitionen. Das wird aber nur passieren, wenn das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland gestärkt wird. In unserer Prognose unterstellen wir, dass dies zumindest teilweise gelingt und erwarten ein BIP-Wachstum von knapp anderthalb Prozent. ■

DIE LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK

DEUTSCHLANDS FÖRDERBANK FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

Die Landwirtschaftliche Rentenbank ist eine der beiden bundesweit agierenden Förderbanken Deutschlands. Sie nimmt eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung und der Weiterentwicklung des Agrarsektors sowie der ländlichen Räume ein. Ihr klar definierter Förderauftrag, ihre traditionsreiche Geschichte und ihr besonderes Geschäftsmodell machen sie zu einer einzigartigen Institution im deutschen Bankwesen.

Herkunft und Auftrag

Die Rentenbank wurde 1949 als bundesunmittelbare Anstalt öffentlichen Rechts gegründet, ihre Wurzeln reichen jedoch bis ins Jahr 1923 zurück. Damals entstand die „Deutsche Rentenbank“ als Reaktion auf die Hyperinflation. Die von ihr herausgegebene Währung war durch Hypotheken auf Grund und Boden sowie Immobilien von Landwirtschaft, Handel und Gewerbe gedeckt und wertstabil. Die dadurch sofort beendete Hyperinflation ging als „Wunder der Rentenmark“ in die Geschichte ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die heutige Landwirtschaftliche Rentenbank ins Leben gerufen – mit dem Ziel, die Landwirtschaft und den ländlichen Raum zu fördern und zu modernisieren. Das Grundkapital der Bank wurde über zehn Jahre durch die westdeutschen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe aufgebaut.

Der gesetzliche Auftrag der Rentenbank schließt neben der Land- und Forstwirtschaft sowie den vorgelagerten Bereichen die gesamte Wertschöpfungskette der Lebensmittel, den Ausbau erneuerbarer Energien, die Förderung der Bioökonomie und die Entwicklung der ländlichen Räume ein.

Geschäftsmodell und Funktionsweise

Als Refinanzierungsinstitut vergibt die Rentenbank keine Kredite direkt an Endkunden, sondern setzt auf das sogenannte „Hausbankprinzip“. Das bedeutet: Ihre zinsgünstigen Förderdarlehen werden ausschließlich über Geschäftsbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen an die Endkreditnehmer ausgegeben.

Die Rentenbank refinanziert sich selbst überwiegend durch die Ausgabe von Anleihen am Kapitalmarkt. Dank einer staatlichen Garantie und des soliden Geschäftsmodells verfügt die Rentenbank als eine von wenigen Banken über ein Triple-A-Rating. Dadurch kann sie sich zu besonders günstigen Konditionen refinanzieren und diese Vorteile an die Endkreditnehmer weitergeben.

Förderung einer vielfältigen und nachhaltigen Agrarbranche

Die Rentenbank fördert die Landwirtschaft in ihrer gesamten Breite – von Investitionen in Ställe und landwirtschaftliche Gebäude über die Anschaffung moderner Maschinen bis hin zu Projekten im Bereich erneuerbare Energien. Zusätzlich unterstützt sie Maßnahmen zur Digitalisierung, zur Verbesserung der Tierhaltung, zum Umwelt- und Klimaschutz sowie zur Steigerung der Energieeffizienz.

Ein zentrales Anliegen der Rentenbank ist es, die Branche bei der Bewältigung kommender Herausforderungen durch die Förderung von Innovationen zu unterstützen. Start-ups sind bei der Entwicklung innovativer Ideen unverzichtbar und werden deshalb von der Rentenbank zusammen mit dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) auf vielfältige Weise gefördert.

Innovationen können ihre Wirkung aber erst durch den breiten Einsatz in den Betrieben entfalten und den gewünschten Mehrwert für den Wandel der gesamten grünen Branche hin zu mehr Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit leisten.

Ein aktuelles Beispiel zeigt, wie die Rentenbank auch hier unterstützt: Mitte November wurde auf der Agritechnica eine neue gemeinsame Förderung der Rentenbank und des BMLEH für die Markteinführung innovativer alternativer Antriebssysteme bei Landmaschinen vorgestellt – also Maschinen, die batterieelektrisch oder mit erneuerbaren Biokraftstoffen betrieben sind.

Partner des ländlichen Raums

Die Rentenbank versteht sich als verlässlicher Partner des ländlichen Raums. Dazu fördert sie u. a. Infrastrukturprojekte, die die Lebensqualität auf dem Land verbessern, wie beispielsweise Investitionen in Breitbandnetze, Wasserversorgung, Verkehrsinfrastruktur und soziale Einrichtungen. Ihr Ziel ist es, den ländlichen Raum als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Ausblick und Herausforderungen

Mit ihrer langjährigen Erfahrung, ihrer finanziellen Stärke und ihrem klaren Förderauftrag ist und bleibt die Rentenbank ein unverzichtbarer Partner für die deutsche Landwirtschaft und den ländlichen Raum. Sie trägt entscheidend dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit des Agrarsektors zu sichern – und stellt sich dabei den Herausforderungen von Klimawandel, Digitalisierung und Strukturwandel mit innovativen Lösungen und flexiblen Förderinstrumenten. ■



Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer im Gespräch mit Nikola Steinbock auf der Agritechnica.

→ Mehr über die Rentenbank und die Themen der grünen Branche erfahrt ihr auch im Blog „steinbock spricht...“!



„ERFOLGREICHE FÖRDERUNG GELINGT NUR IM SCHULTER- SCHLUSS MIT POLITIK UND REGIONALEN AKTEUREN“

... sagt Nikola Steinbock, Sprecherin des Vorstands der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Sie spricht über die Herausforderungen und Chancen in ländlichen Räumen und erklärt, warum auch Linienbusse in Mittelsachsen zum Förderauftrag der Rentenbank gehören.

Frau Steinbock, welchen Stellenwert haben ländliche Räume für die Rentenbank?

Ländliche Räume sind für uns zentrale Pfeiler einer nachhaltigen und widerstandsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft. Sie bieten



Nikola Steinbock, Sprecherin des Vorstands der Landwirtschaftlichen Rentenbank.

nicht nur Flächen und Ressourcen, sondern auch viel Raum für Innovationen – zum Beispiel in der Bioökonomie und bei erneuerbaren Energien. Doch ländliche Räume sind weit mehr als landwirtschaftliche Fläche: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland lebt in ländlichen Räumen, weil sie sich bewusst für das Leben mit Nähe zur Natur, Gemeinschaft und Lebensqualität entschieden hat. Ländliche Räume sind fundamentale Bestandteile unserer wirtschaftlichen Stabilität, unserer ökologischen Verantwortung und unseres sozialen Zusammenhalts.

Und damit das Land nicht mehr und mehr zum Randgebiet der gesellschaftlichen Entwicklung wird, müssen wir langfristig gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen und erhalten. Unser gesetzlicher Auftrag umfasst daher nicht nur die Förderung der Landwirtschaft, sondern auch die gezielte Unterstützung der ländlichen Entwicklung. Dazu gehören Investitionen in Infrastruktur, Daseinsvorsorge und wirtschaftliche Vielfalt, um die Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit dieser Regionen nachhaltig zu sichern.

Welche konkreten Fördermaßnahmen setzt die Rentenbank ein?

Wir haben gemeinsam mit unserem Vertriebsnetzwerk – den Landesförderinstituten und den Hausbanken – verschiedene Programme, die gezielt auf die Bedürfnisse ländlicher Regionen eingehen. Mit „Leben auf dem Land“ fördern wir Investitionen in

technische und soziale Infrastruktur – von Energie- und Breitbandnetzen über Bildungseinrichtungen bis hin zu Pflege-, Gesundheits-, Kultur- und Freizeitangeboten. Über die „räumlichen Strukturmaßnahmen“ unterstützen wir kommunale Projekte wie Wasser- und Abwassernetze, Verwaltungsgebäude oder Verkehrslösungen. Ergänzend bieten wir Leasing-Programme für technische Anlagen an, sofern sie in ländlichen Räumen eingesetzt werden.

Wer kann diese Förderungen beantragen?

Unsere Programme stehen nicht nur landwirtschaftlichen Betrieben offen, sondern auch Kommunen, Zweckverbänden, kleinen und mittleren Unternehmen, Vereinen und Privatpersonen. Entscheidend ist, dass das Vorhaben in ländlichen Räumen angesiedelt ist und zur regionalen Entwicklung beiträgt.

Können Sie ein Beispiel für eine Förderung nennen?

Ein gutes Beispiel ist die Regiobus Mittelsachsen GmbH. Mit über 200 Linienbussen werden jährlich rund 13 Millionen Fahrgäste zwischen ländlichen Ortschaften befördert. Die Finanzierung der neuesten Busse erfolgte gemeinsam mit der Rentenbank – so stärken wir Mobilität und Daseinsvorsorge in der Region.

Mit welchen Partnern arbeitet die Rentenbank zusammen?

Erfolgreiche Förderung gelingt nur gemeinsam mit unserem Vertriebsnetzwerk, der Politik und regionalen Akteuren. Bei Veranstaltungen wie Parlamentarischen Abenden bringen wir deshalb zentrale Vertreter zusammen, um Herausforderungen und Chancen zu diskutieren. So haben wir zum Beispiel bei einem Parlamentarischen Abend mit dem Bayerischen Landwirtschaftsministerium im Juni dieses Jahres über 120 Akteure aus ländlichen Räumen miteinander vernetzt und in den Dialog gebracht. Übrigens, apropos Politik: Besonders zuversichtlich stimmt mich, dass Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer die ländlichen Räume als Wirtschaftskraft und Lebensraum stärken will – das ist ein tolles Zeichen für starke ländliche Räume in Deutschland! ■

EU-KOHÄSIONSPOLITIK

IMPULSE AUS BRÜSSEL FÜR DIE REGION

Europas Milliarden für Innovation, Wachstum und Zusammenhalt kommen oft durch die Förderbanken bei den Menschen vor Ort an. Wie die Institute regionale Impulse setzen, zeigt ein Praxisbeispiel aus Leipzig.



378 Milliarden Euro in sechs Jahren – so viel investiert die Europäische Union von 2021 bis 2027 in den Zusammenhalt der Mitgliedsstaaten. Das Budget dieser Kohäsionspolitik liegt damit etwa auf einer Höhe mit dem Staatshaushalt Italiens. Sie ist Europas stärkstes Werkzeug, um wirtschaftliche und soziale Unterschiede zwischen den Regionen auszugleichen. Mit dem Geld werden Innovationen, Infrastruktur und neue Arbeitsplätze gefördert.

„Die EU gestaltet die Regeln und Leitplanken, Deutschland entwickelt in Abstimmung mit der EU-Kommis-

sion Programme und Prioritäten, und die Länder entscheiden Projekt für Projekt“, erklärt Matthias Rinck, Experte für EU-Förderpolitik beim VÖB. Das ist der Weg, den jeder einzelne Euro aus den zwei großen europäischen Förderfonds EFRE, ESF Plus sowie dem für die deutschen Übergangsregionen wichtigen JTF nimmt. In den meisten deutschen Bundesländern sind die Förderbanken die zentralen Möglichmacher für Projekte.

Das soll so bleiben, auch nach der Reform des EU-Haushalts. Geplant ist, dass der Bund künftig eine



Gefördert von der SAB:
Gaming in Mitteldeutschland.

größere Verantwortung für die Koordination übernimmt. „Die Mitgestaltungsmöglichkeiten in den Regionen bleiben aber entscheidend“, betont Rinck.

Wie die EU die sächsische Games-Branche belebt

Diese Erfahrung hat auch Christopher Siebenhüner gemacht, CEO und Mitgründer der Leipziger Unternehmensberatung GECKO.2. Mit seinem Team hat er 2023 den R42 Games Accelerator gegründet, der die Gaming-Branche in Mitteldeutschland auf ein neues Level heben soll. Ohne Unterstützung der Sächsischen Aufbaubank (SAB) und die kräftige Finanzspritze aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung EFRE im hohen sechsstelligen Bereich wäre das kaum möglich gewesen. „Die EU-Fördermittel waren für uns absolut entscheidend“, sagt Siebenhüner. Die SAB half, das Förderdeutsch in verständliche Sprache zu übersetzen.

Mit dem Förderbescheid im Juli 2024 startete das Projekt durch. Coaches, Mentoren und moderne Ausstattung waren durch die kluge Kombination von EU-Mitteln und Landesförderung bezahlbar. „Die Mittel sind auch ein starkes Signal: Sachsen versteht die Bedeutung der Gaming-Branche und setzt auf deren Entwicklung“, sagt der Gründer. Seitdem wird die Szene immer mehr zum Aushängeschild für die Region, über R42 entstehen jedes Jahr mehrere Dutzend neue Jobs. „Der Accelerator ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie Fördermittel genutzt werden können, um einen Mehrwert für die Region zu schaffen“, sagt Katrin Berger von der SAB.

Finanzspritze für die Attraktivität der Metropolen

Auch Berlin profitiert spürbar von der Kohäsionspolitik. Thomas Hüttich, der bei der Investitionsbank Berlin (IBB) EU-Themen koordiniert, betont: „Die Mittel bewirken mehr als eine einfache Umverteilung, es geht darum, Prioritäten zu setzen, welche Themen unseren Wirtschaftsraum prägen sollen.“ So ist die Förderung aus Brüssel ein Katalysator für Nachhaltigkeit und Digitalisierung. „Als Förderbank können wir mit klug gewählten Finanzierungsinstrumenten eine Hebelwirkung erzielen.“ Ein Beispiel: Seit 25 Jahren gibt es in Berlin von der IBB Ventures gemanagte öffentliche VC-Fonds, die mit rund 300 Millionen Euro aus dem europäischen Fördertopf EFRE inklusive nationaler Kofinanzierung ausgestattet sind. Durch das privat mobilisierte Kapital sind inzwischen zwei Milliarden Euro für die Frühphasenfinanzierung von Start-ups zusammengekommen. „Die EU-Mittel haben erheblichen Anteil daran, dass Berlin heute so ein Start-up-Hotspot ist“, sagt Hüttich.

Für die aktuelle Förderperiode stehen deutschlandweit rund 21 Milliarden Euro aus den Strukturfonds zur Verfügung, die vor allem in die ostdeutschen Bundesländer fließen. Auch Nordrhein-Westfalen gehört zu den Spitzenreitern bei der Ausschöpfung der EU-Fördergelder. Wo engagierte Menschen, kluge Förderstrategien und europäische Mittel zusammenkommen, entstehen echte Chancen für Regionen, in denen der europäische Gedanke vor Ort sichtbar wird. ■



WAS ÄNDERT SICH AB 2028?

Die Reform des EU-Haushalts steht an. In dem langwierigen Verhandlungsprozess bringt sich auch der VÖB mit seiner Expertise ein. Ab 2028 sollen die Förderprozesse schneller werden und der Bund soll stärker koordinieren. Matthias Rinck vom VÖB sieht das mit gemischten Gefühlen: „Mitgestaltungsmöglichkeiten der Regionen sind und bleiben entscheidend, daran sollte nicht gerüttelt werden.“ Die Reform könnte aber auch Bürokratie abbauen, etwa durch das sogenannte Single-Audit-Prinzip – also eine einmalige Prüfung, die Doppelkontrollen vermeidet. Eine weitere Neuerung: Fördergelder fließen künftig erst, wenn gewisse Fortschritte im Projekt nachgewiesen werden, bislang gab es häufig eine großzügige Vorfinanzierung.

Die wichtigsten EU-Fonds für Regionalförderung

EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung): Deutschland erhält im aktuellen Förderzeitraum rund 11 Milliarden Euro. Fördert Infrastruktur, Innovation und nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen.

ESF Plus (Europäischer Sozialfonds Plus): Deutschland erhält aktuell rund 6,5 Milliarden Euro. Unterstützt Beschäftigung, Qualifizierung und soziale Integration. In vielen Regionen werden mit ESF-Mitteln Programme zur beruflichen Weiterbildung und Integration von Langzeitarbeitslosen oder Jugendlichen finanziert.

JTF (Just Transition Fund): ein neuer Strukturfonds im Förderzeitraum 2021 bis 2027. Deutschland erhält rund 2,5 Milliarden Euro. Hilft Regionen im Strukturwandel, etwa in den Kohlerevieren von NRW, Sachsen und Brandenburg. Fördert den Übergang zu einer nachhaltigen, klimaneutralen Wirtschaft.

INVESTITIONSBANK SACHSEN-ANHALT:

FÖRDERUNG, DIE LEBEN BEWEGT



Überall in Sachsen-Anhalt entstehen Orte, an denen Gemeinschaft, Nachhaltigkeit und Weltoffenheit spürbar werden – besonders im ländlichen Raum. Möglich macht das unter anderem die Investitionsbank Sachsen-Anhalt. Sie unterstützt Projekte, die nicht nur Menschen verbinden, sondern auch den demografischen Wandel aktiv gestalten. Mit rund 430.000 Euro Zuschüssen wurden allein 2024 Projekte zur Gestaltung des demografischen Wandels vom Land und von der Investitionsbank gefördert.

Ein Beispiel dafür ist die Grüne MitMachKüche in Bad Lauchstädt. Mit einem Zuschuss von 80.000 Euro entsteht hier beim Verein Cavalleria ein Ort für alle – barrierefrei, offen und lebendig. Wo zuvor Pferde, Menschen und Natur vor allem in der therapeutischen Arbeit zusammenfanden, wächst nun ein Raum, in dem gemeinsames Kochen, Lernen und Erleben im Mittelpunkt stehen. Die Idee: Menschen jeden Alters, mit und ohne Behinderung, kommen zusammen, um gesunde Mahlzeiten zuzubereiten, Zeit zu teilen und voneinander zu lernen.

Seit seiner Gründung 2018 engagiert sich der Verein Cavalleria vor allem im therapeutischen und heilpädagogischen Reiten. Kinder, Jugendliche und Erwachsene finden hier Begegnung, Vertrauen und Selbstwirksamkeit. Mit der neuen Küche erweitert der Verein sein Angebot um eine Dimension, die Herz und Alltag verbindet: gemeinsames Essen als soziales Erlebnis.

Im angrenzenden Garten wachsen Gemüse, Kräuter und Salate, die später frisch auf den Tisch kommen. Hier lernen Kinder und Erwachsene ganz praktisch, was nachhaltige Ernährung bedeutet – vom Säen bis zum Ernten, vom Zubereiten bis zum gemeinsamen Genießen.

Mit der Förderung durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt entsteht so mehr als nur ein Küchenraum: ein kleines Stück gelebte Zukunft auf dem Land. Die Grüne MitMachKüche zeigt beispielhaft, wie soziales Engagement, Bildung und Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen können und wie Förderung dort ankommt, wo sie am meisten bewirkt: mitten im Leben. ■



INVESTITIONSBANK DES LANDES BRANDENBURG:

VOM KOHLEREVERVIER ZUR ZUKUNFTSREGION

„Gott hat die Lausitz erschaffen, der Teufel die Kohle darunter“: Kaum ein Satz bringt die Geschichte dieser Region treffender auf den Punkt als dieses sorbische Sprichwort. Wer heute durch die Lausitz fährt, erkennt noch immer Spuren ihrer Vergangenheit: endlose Abraumhalden, geflutete Tagebaue, Schienen, die ins Nichts führen. Jahrzehntlang war die Region Sinnbild für Energiegewinnung, aber auch für den Preis, den Landschaft und Menschen dafür zahlten. Doch dort, wo früher Kohle gefördert wurde, wächst heute neues Selbstbewusstsein.

Die Lausitz steht wie kaum eine andere Region für den Wandel. Aus der einstigen Energieprovinz soll eine Modellregion für Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Wachstum werden. In den kommenden Jahren sollen neue Arbeitsplätze, Forschungszentren und innovative Unternehmen entstehen, die den Menschen vor Ort neue Perspektiven eröffnen. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB). Sie begleitet die Transformation im Rahmen der „Strukturentwicklung Lausitz“ und des europäischen Just Transition Fund (JTF). Gemeinsam mit Bund, Land und EU unterstützt die ILB zahlreiche Projekte, die der Region neues wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben einhauchen.

Die Dimension dieser Aufgabe ist beeindruckend. Rund 3,6 Milliarden Euro an Fördermitteln stehen für die Lausitz bereit. Über den JTF sind bereits mehr als 1.000 Anträge eingegangen, 562 Projekte von Unternehmen wurden bewilligt. Das entspricht einem Zuschussvolumen von 140 Millionen Euro. Die Zahlen zeigen, dass der Strukturwandel längst begonnen hat. In der Region entstehen neue Forschungszentren, Start-ups entwickeln nachhaltige Technologien, und alte Industrieflächen werden zu Lernorten der Energiewende. Unter den bewilligten Projekten finden sich Innovationszentren, Tourismusinitiativen und Pilotvorhaben für klimafreundliche Produktion. Die ILB hat bislang 46 größere Vorhaben aus dem Strukturstärkungsgesetz des Bundes, dem zweiten großen Förderstrang für die Lausitz, mit 58 Förderbescheiden begleitet, zugesagte Zuschüsse von 836 Millionen Euro, ausgezahlte Mittel von rund 170 Millionen Euro.

Der Strukturwandel in der Lausitz steht repräsentativ für einen kulturellen und gesellschaftlichen Neuanfang, der zeigt, dass der ländliche Raum nicht Verlierer des Wandels sein muss, sondern Gestalter der Transformation sein kann. Wo einst der Teufel die Kohle unter die Lausitz legte, entsteht heute eine Region, die ihre Zukunft selbst gestaltet und aus ihrer Geschichte Stärke zieht. ■

BAYERNLABO STÄRKT DEN LÄNDLICHEN RAUM



Als das mit Abstand größte Flächenland Deutschlands besitzt Bayern einen großen Anteil an ländlichen Regionen. Gleichzeitig gehört der Freistaat zu den wirtschaftlich stärksten Bundesländern – ein Beleg dafür, dass ländliche Regionen keineswegs per se strukturschwach sind.

Bayern zählte nicht immer zu den Spitzenreitern im Bundesländervergleich. In den 50er und 60er Jahren lag das BIP pro Kopf noch deutlich unter dem Durchschnitt des damaligen Bundesgebiets.

Mit zur positiven Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte beigetragen hat auch eine kluge Förderpolitik. Eine zentrale Rolle bei der Stärkung des ländlichen Raums in Bayern hat dabei die BayernLabo gespielt. Als Organ der staatlichen Wohnungspolitik unterstützt sie Projekte, die zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in kleineren Städten und Gemeinden beitragen. Sie steht zudem den Kommunen sowie den kommunalen Zweck- und Schulverbänden in Bayern bei der Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen zur Seite.

Die BayernLabo ist nicht die einzige Förderbank im Freistaat. Während die LfA Förderbank Bayern als staatliche Spezialbank für eine umfassende Wirtschaftsförderung 1951 gegründet wurde, blickt die

BayernLabo auf eine deutlich längere Historie zurück. Sie wurde bereits 1884 als „Königlich-Bayerische Landeskulturrentenanstalt“ ins Leben gerufen. Im Jahr 1972 fusionierte sie mit der Bayerischen Gemeindebank Girozentrale zur Bayerischen Landesbank. Heute ist sie eine unselbständige Anstalt öffentlichen Rechts innerhalb der BayernLB. Mit 226 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einer Bilanzsumme von 22,7 Milliarden Euro (Stand 31.12.2024) hat sie im Geschäftsjahr 2024 Zusagen für Darlehen und Zuschüsse in Höhe von 3,2 Milliarden Euro gemacht.

Mit ihren Wohnungsbauförderungen stärkt die BayernLabo die Attraktivität und Lebensqualität der ländlichen Gebiete in Bayern. Dabei legt sie Wert auf eine nachhaltige Bauweise und soziale Durchmischung. Nicht zuletzt deswegen haben anerkannte Nachhaltigkeits-Ratingagenturen der BayernLabo eine auch im internationalen Vergleich herausragende Nachhaltigkeitsleistung bescheinigt. ■

VÖB-EXPERTE FREDERIK TRAUT: DER MANN FÜRS KOMPLEXE

Wenn Frederik Traut über Finanzmärkte spricht, merkt man sofort: Hier redet jemand, der verstehen und nicht nur wissen will. „Als Kind der Finanzkrise habe ich mitbekommen, wie die Finanzmärkte zusammengebrochen sind. Das Warum hat mich sehr interessiert“, sagt er und beschreibt damit den Ursprung seiner Leidenschaft für die Finanzwirtschaft.

Nach einer Ausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann studierte Frederik Traut Volkswirtschaftslehre. Dabei hatte er immer den Blick auf den Finanzsektor. Seine wissenschaftliche Reise führte ihn tief in die Strukturen der Bankenwelt. In seiner Masterarbeit widmete er sich den Landesbanken und ihrer Rolle in der Pleitewelle nach der Krise. Seine Promotion befasste sich mit der Komplexität in der Bankenregulierung, einem Thema, das nicht nur Theorie blieb, sondern ihn direkt zu seinem heutigen Arbeitsplatz führte.

Seit Juni 2023 ist Frederik Traut Abteilungsleiter beim Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB. Hier verantwortet er unter anderem die Themen Marktrisiko, operationelles Risiko und Liquiditätsrisiko. Er beschäftigt sich aber auch mit Fragen rund um den sinnvollen Einsatz künstlicher Intelligenz in der Banksteuerung und aktuell mit der Überarbeitung und Vereinfachung des regulatorischen Rahmenwerks: „Stabilität ist wichtig, aber Regeln müssen effizient und zielgerichtet sein.“



Vor seinem Einstieg beim VÖB war er als Strategieberater tätig und begleitete regulatorische Umsetzungsprojekte. Heute ist er an der Schnittstelle zwischen Praxis und Politik aktiv. „Jeder Tag sieht anders aus“, sagt er. „Ich tausche mich mit Expertinnen und Experten aus den Mitgliedsinstituten, der Politik und der Aufsicht aus. Netzwerken ist essenziell, wenn man zu grundlegenden Verbesserungen im Regulierungsrahmen beitragen möchte.“

Frederik Traut behält stets das Ganze im Blick. Denn genau darin liegt seine Stärke: in komplexen Systemen nicht die Komplexität selbst zu sehen, sondern auch deren Gestaltungsmöglichkeiten. ■

Redaktion



Dr. Thomas Klodt
Leiter Presse und
Kommunikation
Pressesprecher



Bianca Blywis-Bösendorfer
Pressesprecherin



Janet Eicher
Pressesprecherin

Der VÖB auf Social Media



LinkedIn:
@Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands/
Association of German Public Banks



YouTube:
@Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands

Möchten Sie Print-Exemplare der Ausgabe bestellen?
Schreiben Sie gern eine E-Mail an gemeinsamgestalten@voeb.de.

Impressum



Herausgeber:
Bundesverband Öffentlicher Banken
Deutschlands, VÖB, Lennéstraße 11, 10785 Berlin

Verantwortlich: Dr. Thomas Klodt
Redaktion und Texte: Team Presse und Kommunikation,
Anne Hünninghaus (Wortwert), Anne Hesse (rentenbank)
Design: DieFarbeBlau, Bonn
Druck: Distler Druck & Medien GmbH, Zirndorf

Fotos: Peter Himself [S. 6, 12], Frank Schinski [S. 2],
Helaba [S. 9], IB.SH [S. 9], Josef Fischnaller [S. 15],
BayernLB [S. 17], rentenbank [S. 19-20], SAB [S. 22],
Cavalleria e.V. [S. 24]
Adobe Stock: peteri [S. 10, 26], Symbiot [S. 21],
Julien Eichinger [S. 23], MiReh [S. 25]